

FORDERUNGEN

Unter dem Motto „GRENZENLOS STOLZ STATT AUSGEGRENZT“ feiern Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuelle vom 25. Juli bis zum 3. August 2014 den 34. HAMBURG PRIDE. Höhepunkt ist unter anderem die PRIDE PARADE, die am Samstag, den 2. August ab 12 Uhr durch die Hamburger Innenstadt zieht und die Forderungen des Vereins Hamburg Pride e.V. unterstützt:

1. Wir fordern die **Öffnung der Ehe** für gleichgeschlechtliche Paare.

Zur endgültigen Beseitigung der letzten Ungleichbehandlungen fordert Hamburg Pride e.V. den Hamburger Senat und alle Hamburger Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, sich für einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einzusetzen.

2. Bis zur Öffnung der Ehe fordern wir die **rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft**.

Insbesondere im Einkommensteuerrecht fordert Hamburg Pride e.V. entweder die Abschaffung des Ehegattensplittings oder die Einführung des Ehegattensplittings für eingetragene Lebenspartnerschaften.

3. Wir fordern das **volle Adoptionsrecht** für gleichgeschlechtliche Paare sowie den **gleichberechtigten Zugang zur Reproduktionsmedizin**.

Nach geltendem Recht dürfen nur Ehepaare und in seltenen Fällen einzelne Personen Kinder adoptieren; gleichgeschlechtlichen Paaren ist die Adoption nicht erlaubt. Das muss geändert werden, denn Lesben und Schwule sind ebenso gute Eltern wie Heterosexuelle.

FORDERUNGEN

4. Wir fordern die **Ergänzung des Artikels 3** des Grundgesetzes um das Merkmal "**sexuelle Identität**".

Nur durch diese Ergänzung kann eine volle rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen erreicht werden. Der erweiterte Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes muss in Zukunft klarstellen: „Niemand darf wegen ... seiner sexuellen Identität... benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Die Erweiterung ist zwingend notwendig, damit Lesben, Schwule, trans- und intersexuelle Menschen in der Rechtsprechung und Gesetzgebung nicht mehr als Bürger zweiter Klasse behandelt werden können. Der Staat muss hier seiner Pflicht nachkommen und sexuelle Minderheiten schützen.

5. Wir fordern die **Entschädigung und bundesweite Rehabilitierung** der nach § 175 verurteilten Homosexuellen und die **Aufhebung der entsprechenden Urteile**.

In der Zeit von 1945 bis 1969 gab es in der Bundesrepublik Deutschland ca. 50.000 Verurteilungen wegen "widernatürlicher Unzucht" zwischen Männern nach § 175 StGB. Für die Opfer aus der NS-Zeit hat es bereits Entschädigungen gegeben. Hamburg Pride e.V. fordert dies auch für die nach 1945 Verurteilten.

6. Wir fordern die umfassende **Reform des Transsexuellengesetzes**.

Das deutsche Transsexuellengesetz besteht bereits seit 1980 und wurde seitdem nur minimal reformiert. Im Jahr 2011 wurde es zu großen Teilen für verfassungswidrig erklärt. Wir fordern eine deutliche Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen sowohl bei der Vornamensänderung als auch bei der personenstandsrechtlichen Änderung der Geschlechtszugehörigkeit. Insbesondere soll die Möglichkeit auf personenstandsrechtliche Änderung der Geschlechtszugehörigkeit vollständig vom Zwang zu operativen Eingriffen entkoppelt werden.

FORDERUNGEN

7. Wir fordern die **Aufhebung des Blut- und Organspendeverbotes** für homosexuelle Männer.

Hamburg Pride e.V. fordert die Bundesärztekammer und entsprechende Institute auf, der Ankündigung einer „Lockerung“ des Blutspendeverbotes für homosexuelle Männer Taten folgen zu lassen. Hamburg muss Druck auf den Bund, die Bundesärztekammer und die Institute ausüben, um das Blutspendeverbot für homosexuelle Männer aufzuheben.

8. Wir fordern die **weltweite Einhaltung der Menschenrechte** für Homo-, Bi- und Inter- sowie Transsexuelle.

Das zunächst in Hamburgs Partnerstadt St. Petersburg erlassene Gesetz, das allein das Reden über Homo- und Transsexualität kriminalisiert, gilt mittlerweile in ganz Russland. Hamburg Pride e.V. fordert den Senat auf, in den Gesprächen zum neuen Städtepartnerschaftsvertrag darauf zu drängen, dieses Gesetz wieder aufzuheben. Aber auch alle Abgeordneten der Bürgerschaft und des Bundestages sind aufgefordert, alle politischen Mittel einzusetzen, um diese Diskriminierung zu stoppen. Russland ist nur ein Beispiel unter vielen. Die Beispiele von staatlicher Diskriminierung und Einschränkung der Menschenrechte von Schwulen und Lesben zeigen: Auch in der Europäischen Union gibt es noch immer akuten Handlungsbedarf! Wir fordern daher die Europäische Kommission, die Bundesregierung und den Hamburger Senat eindringlich auf, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Einhaltung der Menschenrechte in allen Mitgliedsstaaten zu bestehen. Gleiches gilt auch über die Grenzen Europas hinaus. Die Völkergemeinschaft muss internationalen Druck ausüben, um homo- und transphobe Gesetze zu stoppen. Im Umgang mit Ländern, in denen Homosexualität unter Strafe steht - manchmal sogar unter Todesstrafe - muss Deutschland eine klare Position beziehen! Menschenrechte sind unteilbar!

FORDERUNGEN

9. Wir fordern die Umsetzung des vom Europaparlament beschlossenen Lunacek-Berichts zur **Bekämpfung von Homophobie** und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität.

Mit der Verabschiedung des sogenannten Lunacek-Berichts hat das Europaparlament deutlich gemacht, dass Homophobie in Europa nicht mehr länger geduldet wird. Dem müssen Taten folgen! Hamburg Pride e.V. fordert die Europäische Kommission auf, eine EU-Strategie gegen die alltägliche Verachtung europäischer Werte durch homophobe Gesetze und homophobe Praxis zu erstellen. Beitrittskandidaten, die hierzu nicht bereit sind, dürfen nicht in die Europäische Union aufgenommen werden!

10. Wir fordern sogenannte **Hassverbrechen** im Strafrecht zu verankern und weitere Maßnahmen zur **Bekämpfung von Homo- und Transphobie** zu ergreifen.

Hamburg Pride e.V. fordert die Bundesregierung auf, dass analog zum Lunacek-Bericht, dass sogenannte „Hassdelikte“ strafrechtlich verfolgt werden und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie sowie diffamierender Darstellung und Äußerungen ergriffen werden.

11. Wir fordern ein kontinuierliches Engagement des Hamburger Senats zur **Aufklärung über gleichgeschlechtliche Lebensweisen und sexuelle Vielfalt** an Hamburger Schulen sowie die Ausweitung der Lehrpläne auf die Geschichte von LGBT*.

Diese Aufklärungsarbeit in Bezug auf queere Lebensweisen ist gerade deshalb so wichtig, um der auf den Schulhöfen um sich greifenden Homophobie Einhalt zu gebieten. Wenn dort antihomosexuelle Äußerungen nicht bewusst bekämpft werden, besteht die Gefahr, dass die Ablehnung von schwul-lesbischen Lebensweisen in den Alltag übergreift und sich dort in gewalttätigen Handlungen manifestiert. Hamburg Pride e.V. fordert überdies, dass Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien um Themenbereiche der LGBT-Geschichte ergänzt werden.*

FORDERUNGEN

12. Wir fordern den Hamburger Senat auf, die **Mittel der Jugendarbeit für LGBT*** nicht zu kürzen, sondern sie den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen.

Insbesondere junge Homo, Bi- und Transsexuelle brauchen während der nach wie vor schwierigen Phase des Coming Outs Unterstützung durch öffentliche Einrichtungen. Präventions- und Aufklärungsarbeit ist wichtiger denn je! Aus diesem Grund fordert Hamburg Pride e.V. den Senat auf, bei den Haushaltsberatungen dafür zu sorgen, dass die Vereine, Institutionen und Träger eine solide finanzielle Grundlage erhalten, um ihre Aufgaben in vollem Umfang erfüllen zu können. In den letzten Haushaltsjahren hat es keine effektiven Erhöhungen des Etats gegeben. Kürzungen sind daher nicht akzeptabel!

13. Wir fordern den Hamburger Senat auf, die **Mittel für die HIV-Prävention** und der sie tragenden Projekte nicht zu kürzen und sie den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen.

Auch wenn der medizinische Fortschritt dazu geführt hat, dass Menschen mit dem HI-Virus lange leben können, so bleiben sie doch krank. Die Beeinträchtigungen durch die starken Medikamente sind erheblich. Das wird vielfach vergessen. Die Infektionsraten sind nach wie vor viel zu hoch. Die Mittel für die HIV-Prävention dürfen daher nicht gekürzt werden.

14. Wir fordern die aktive Förderung der **Aufarbeitung der LGBT*-Geschichte**, insbesondere der Homosexuellen-Verfolgung durch Stadt, Land und Bund.

Hamburg Pride e.V. fordert die Verankerung der LGBT-Geschichte im Hamburg Museum: Auch wir sind ein Teil dieser Stadt und ihrer Geschichte! Hamburg Pride e.V. fordert weiterhin eine engere Vernetzung der Forschungen zur LGBT*-Geschichte. Dies bedeutet vor allem auch eine bessere finanzielle Unterstützung des Fachverbandes für Homosexualität und Geschichte (FHG e. V.). Hamburg Pride e.V. begrüßen eine stärkere Beteiligung der Community an der Aufarbeitung der LGBT*-Geschichte. Darüber hinaus ist eine wesentlich bessere Rezeption der Forschungsergebnisse erforderlich.*

FORDERUNGEN

15. Wir fordern, dass das Hamburgische **Seniorenmitwirkungsgesetz** so novelliert wird, dass die Mitwirkung älterer Lesben und Schwulen im Landessenorenbeirat gesichert ist.

Hamburg Pride e.V. begrüßt, dass der Senat bei der Zusammensetzung der Seniorenbeiräte auf Bezirks- und Landesebene die unterschiedlichen Lebensentwürfe und Lebenslagen von Seniorinnen und Senioren berücksichtigen möchte. Hamburg Pride e.V. fordert, dass bei dieser ausgewogenen Besetzung des Landessenorenbeirates mit Frauen und Männern sowie der gesicherten Mitwirkung von Älteren mit Migrationshintergrund zukünftig auch ältere Lesben und Schwule sichtbar und gesichert eine Mitwirkung ermöglicht wird. Beispielhaft ist dies bereits in Essen umgesetzt. Das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetzes (HmbSenMitwG) ist entsprechend zu novellieren. Der Grundsatz bei der Bewältigung der demographischen Herausforderungen „Nicht über Senioren ohne Senioren“ gilt auch für ältere Lesben und Schwule!

16. Wir fordern die Berücksichtigung der LGBT*-Community bei der **Besetzung des NDR-Rundfunkrats** sowie in der Arbeit des Medienrats der Landesmedienanstalt Hamburg und Schleswig-Holstein.

Im Rundfunkrat des NDR wird die Bandbreite des gesellschaftlichen Lebens in Norddeutschland gespiegelt: Kultur, Wirtschaft, Politik, Sport, Kirchen, Migranten und viele Organisationen entsenden ihre Mitglieder ehrenamtlich in dieses Gremium. Hier müssen auch die Belange von LGBT angemessen berücksichtigt werden. Gleiches gilt für den Medienrat der Landesmedienanstalt Hamburg und Schleswig-Holstein, der für den privaten Rundfunk zuständig ist. Hamburg Pride e.V. fordert außerdem die Aufnahme einer/eines Beauftragten für LGBT*-Themen in das Gremium der Freiwilligen Selbstkontrolle (FSK).*

Pressekontakt:

Marc-Pierre Hoeft
Vorstand Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
E: presse@hamburg-pride.de
M: 0151 – 29 15 55 60